Nr. 703a

Verordnung über die Verminderung der Phosphorbelastung der Mittellandseen durch die Landwirtschaft

vom 24. März 2015 (Stand 1. Januar 2016)

Der Regierungsrat des Kantons Luzern,

gestützt auf Artikel 28 des Bundesgesetzes über den Schutz der Gewässer vom 24. Januar 1991¹, Ziffer 2.1.5 des Anhangs 1 der Direktzahlungsverordnung vom 23. Oktober 2013² und die §§ 2 Absatz 3 und 27 des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer vom 27. Januar 1997³,
auf Antrag des Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartementes,

beschliesst:

§ 1 *Zweck*

¹ Die Verordnung bezweckt, die Belastung des Sempachersees und des Baldeggersees sowie des luzernischen Teils des Hallwilersees durch Phosphor aus der Landwirtschaft zu vermindern.

§ 2 *Geltungsbereich*

¹ Die Verordnung gilt für alle landwirtschaftlichen Betriebe mit landwirtschaftlichen Nutzflächen innerhalb des oberflächlichen Zuströmbereichs des Sempachersees und des Baldeggersees sowie des luzernischen Teils des Hallwilersees.

² Landwirtschaftliche Betriebe fallen nicht unter den Geltungsbereich der Verordnung, wenn

- a. sich zwar das Betriebszentrum, aber weniger als ein Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche innerhalb des oberflächlichen Zuströmbereichs des Sempachersees, des Baldeggersees oder des luzernischen Teils des Hallwilersees befindet,

¹ SR [814.20](#)

² SR [910.13](#)

³ SRL Nr. [702](#)

* Siehe Tabellen mit Änderungsinformationen am Schluss des Erlasses.

- b. sich das Betriebszentrum und mehr als die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche ausserhalb des oberflächlichen Zuströmbereichs des Sempachersees, des Baldeggersees oder des luzernischen Teils des Hallwilersees befinden.

§ 3 *Bewirtschaftungsvorschrift*

¹ Auf den landwirtschaftlichen Betrieben im Geltungsbereich dieser Verordnung darf die abgeschlossene Nährstoffbilanz eine Phosphorbedarfsdeckung von gesamtbetrieblich maximal 100 Prozent erreichen. Es wird kein Fehlerabzug gewährt.

² Die Berechnung der Nährstoffbilanz erfolgt nach den Bestimmungen der Verordnung über die Direktzahlungen an die Landwirtschaft vom 23. Oktober 2013⁴.

§ 3a * *Massnahmen zur Verminderung der Phosphorbelastung*

¹ Auf den landwirtschaftlichen Betrieben im Geltungsbereich der Verordnung müssen zur Verminderung der Phosphorbelastung die Anforderungen an den ökologischen Leistungsnachweis nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Landwirtschaft vom 29. April 1998⁵ erfüllt sein.

² Zur Verminderung der Phosphorbelastung können auf landwirtschaftlichen Betrieben im Geltungsbereich der Verordnung die folgenden Massnahmen gesamthaft getroffen werden:

- a. Anlegen eines Pufferstreifens von mindestens 6 m Breite entlang von Gewässern,
- b. keine Winterbrache,
- c. reduzierter Phosphorausstrag,
- d. zeitgerechter Hofdüngereinsatz,
- e. über die generellen gesetzlichen Anforderungen hinausgehende bauliche Anpassungen zum Schutz der Gewässer.

³ Zusätzlich zu den Massnahmen gemäss Absatz 2 können die folgenden Massnahmen einzeln getroffen werden:

- a. Wasserrückhaltmassnahmen (z.B. Weiher),
- b. Gewährung eines Impulsbeitrags für Einkommensalternativen.

§ 3b * *Rechtsformen der Massnahmen zur Verminderung der Phosphorbelastung*

¹ Massnahmen gemäss § 3a Absätze 2 und 3 können mittels Vereinbarung (Seevertrag) mit den Bewirtschafterinnen und Bewirtschaftern oder, wenn keine Einigung zustande kommt, durch Entscheid getroffen werden.

⁴ [SR 910.13](#)

⁵ [SR 910.1](#)

§ 3c * *Beiträge für Massnahmen zur Verminderung der Phosphorbelastung*

¹ Für Massnahmen gemäss § 3a Absätze 2 und 3 können im Rahmen der verfügbaren Mittel folgende Beiträge gewährt werden:

- a. reduzierter Phosphoraustrag: pro Jahr Fr. 12.–/kg P₂O₅,
- b. über die generellen gesetzlichen Anforderungen hinausgehende bauliche Anpassungen zum Schutz der Gewässer: maximal 50% der Planungskosten,
- c. Wasserrückhaltmassnahmen: Erstellungskosten,
- d. Impulsbeitrag für Einkommensalternativen: bis 50% der Umstellungskosten, maximal Fr. 50 000.–.

² Werden die Massnahmen mittels Vereinbarung (Seevertrag) getroffen, wird zusätzlich ein Beitrag von jährlich 150 Franken pro Hektare landwirtschaftliche Nutzfläche im oberflächlichen Zuströmbereich des Sees gewährt.

§ 3d * *Sicherung der Beiträge*

¹ Die Beiträge werden gekürzt oder verweigert, wenn der Bewirtschafter oder die Bewirtschafterin

- a. vorsätzlich oder fahrlässig falsche Angaben macht,
- b. Kontrollen erschwert,
- c. die Vorschriften dieser Verordnung oder Auflagen nicht einhält.

² Die Rückforderung von Beiträgen im Sinn der §§ 23 ff. des Staatsbeitragsgesetzes vom 17. September 1996⁶ bleibt vorbehalten.

§ 3e * *Zuständigkeit*

¹ Die Dienststelle Landwirtschaft und Wald vollzieht diese Verordnung, soweit nicht andere Behörden zuständig sind.

§ 4 *Aufhebung eines Erlasses*

¹ Die Verordnung über die Verminderung der Phosphorbelastung der Mittellandseen durch die Landwirtschaft vom 20. Mai 2014⁷ wird aufgehoben.

§ 5 *Inkrafttreten*

¹ Die Verordnung tritt rückwirkend auf den 1. Januar 2015 in Kraft. Sie ist zu veröffentlichen.

⁶ SRL Nr. [601](#)

⁷ G 2014 253 (SRL Nr. 703a)

Änderungstabelle - nach Paragraf

Element	Beschlussdatum	Inkrafttreten	Änderung	Fundstelle G
Erlass	24.03.2015	01.01.2015	Erstfassung	G 2015 111
§ 3a	24.11.2015	01.01.2016	eingefügt	G 2015 343
§ 3b	24.11.2015	01.01.2016	eingefügt	G 2015 343
§ 3c	24.11.2015	01.01.2016	eingefügt	G 2015 343
§ 3d	24.11.2015	01.01.2016	eingefügt	G 2015 343
§ 3e	24.11.2015	01.01.2016	eingefügt	G 2015 343

Änderungstabelle - nach Beschlussdatum

Beschlussdatum	Inkrafttreten	Element	Änderung	Fundstelle G
24.03.2015	01.01.2015	Erläss	Erstfassung	G 2015 111
24.11.2015	01.01.2016	§ 3a	eingefügt	G 2015 343
24.11.2015	01.01.2016	§ 3b	eingefügt	G 2015 343
24.11.2015	01.01.2016	§ 3c	eingefügt	G 2015 343
24.11.2015	01.01.2016	§ 3d	eingefügt	G 2015 343
24.11.2015	01.01.2016	§ 3e	eingefügt	G 2015 343